

Der 17-jährige Widerstand hat sich gelohnt – die "FREle HEIDe" kann nicht wieder zum Bombodrom werden!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 149/09 – 11.07.09**

Ein Erfolg, der anspornen sollte!

Nach 27 gerichtlichen Niederlagen in 15 Jahren hat die Bundeswehr endlich aufgegeben: Sie verzichtet endgültig darauf, den ehemaligen Bombenabwurfplatz der sowjetischen Luftwaffe bei Wittstock in der Kyritz-Ruppiner Heide 80 km nördlich von Berlin auch selbst für Bombenabwürfe im Tiefflug zu nutzen. Gegen drei Verteidigungsminister haben sich die Bombodrom-Gegner zur Wehr gesetzt. Nach seinen SPD-Vorgängern Rudolf Scharping und Peter Struck musste sich schließlich auch der CDU-Hardliner Franz Josef Jung geschlagen geben.

Zu verdanken ist dieser Ausgang vor allem dem hartnäckigen Widerstand der Bürgerinitiativen – besonderes der BI Küritz-Wittstock-Ruppin / Für die FREle HEIDe – und der Klage von 14 Anliegergemeinden, die durch alle Instanzen erfolgreich blieb. Wir beglückwünschen alle unermüdlichen Streiter zu diesem Sieg.

Wichtig für den Erfolg war aber auch die Unterstützung durch Politiker aller Parteien und aller Ebenen. Wenn die ausgeblieben wäre, hätte manches Gericht vielleicht ganz anders entschieden.

Die Rheinland-Pfälzer und die Bayern, die den über ihren Köpfen tobenden militärischen Fluglärmterror auch gerne los wären, haben Gegner, mit denen sich die meisten Politiker aller Parteien und aller Ebenen offensichtlich nicht anlegen wollen. In Rheinland-Pfalz ist es meistens die US-Air Force mit ihren Transportern aus Ramstein und ihren Kampffjets aus Spangdahlem, und im Frankenland quält die US-Army mit ihren Kampfhubschraubern vor allem die Menschen in der Region Ansbach.

In beiden Bundesländern sind Landes- oder Kommunalpolitiker der CDU oder CSU, der SPD und der FDP offensichtlich zu feige, um "unseren amerikanischen Freunden" Einhalt zu gebieten. DIE GRÜNEN rafften sich gelegentlich – meist vor Wahlen – zu Alibi-Protesten auf, nur aus den Reihen der LINKEN machen vereinzelte Personen Front gegen die Besatzerallüren der US-Militärs in unserer souveränen Bundesrepublik.

Weil die Richter wussten, was wichtige Politiker von ihnen erwarteten, waren in Rheinland-Pfalz bisher keine juristischen Erfolge gegen die Erweiterung der US-Flugplätze und ihre illegale Nutzung für CIA-Verschleppungsflüge und völkerrechtswidrige Kriege zu erzielen. Die entnervten Westpfälzer und Saarländer sollten sich aber trotzdem nicht einreden lassen, dass sie ja von den "Amis" profitieren; das tun immer weniger Einheimische. Alle, die nicht länger leiden wollen, müssen endlich anfangen, sich zu wehren und die Landes- und Kommunalpolitiker aller Parteien so lange unter Druck setzen, bis sie endlich aktiv werden. Die Brandenburger haben gezeigt, was alles geht, wenn man nicht aufgibt. Das Grundgesetz ist eine starke Waffe. Nach Art. 26 ist die Vorbereitung von Angriffskriegen verfassungswidrig und verboten. Mit langem Atem gilt es dieses Verbot politisch und juristisch gegen die ausschließlich zu diesem Zweck hier übenden US-Streitkräfte durchzusetzen.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern